

Kontakt:

Klaus Curth

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: utahohlfeld@t-online.de

www.dielinke-brandenburg.de

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

9. Informationsblatt der KPF Brandenburg

April 2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 9. Informationsblatt geben wir Euch das Ergebnis unserer jährlich durchgeführten Analyse der Tätigkeit unserer Landtagsfraktion und Regierungsmitglieder für den Zeitraum Herbst 2010 bis zum Frühjahr 2012 zur Kenntnis und zur Diskussion.

Wir bitten Euch wie immer, uns nach Erhalt des Info-Blattes Eure Erfahrungen, Meinungen und Probleme mitzuteilen. Eure Meinungen, Fragen und Informationen sind für unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit von großer Wichtigkeit!

Die Sprecher des LKR

Kommunistische Plattform
in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

Stellungnahme zur Politik der Partei DIE LINKE im Landtag und der Landesregierung des Landes Brandenburg im Zeitraum Herbst 2010 bis Frühjahr 2012

Wir, die Angehörigen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE im Land Brandenburg, sind in vielen Basisgruppen verankert, nehmen aktiv am Parteileben teil und unterstützen auf vielfältige Weise – durch Diskussionen, Vorträge, Publizistik usw. - die im Parteiprogramm formulierte Generallinie unserer Partei.

Dabei wenden wir der politischen Entwicklung im Land Brandenburg unsere besondere Aufmerksamkeit zu. Die auf der vergangenen Landtagswahl beruhende Regierungs- beteiligung halten wir aus drei Gründen für richtig. **Erstens** wurde dadurch die CDU aus ihrer vorherigen Regierungsfunktion katapultiert. **Zweitens** ist in einer Koalition mit der SPD mehr an sozialpolitischen und humanistischen Zielen unserer Partei zu erreichen, als aus der Opposition heraus oder gar durch eine Koalition von SPD und CDU. **Drittens** haben 27,2 Prozent der brandenburger Wähler der Linkspartei den Auftrag erteilt, ernsthaft und druckreich auf die Gesellschaftsgestaltung in Brandenburg Einfluss zu nehmen. Dieser Auftrag kann nicht folgenlos ignoriert werden.

Auf dieser Position beruht unsere jährlich durchgeführte Analyse der Tätigkeit unserer Landtagsfraktion und Regierungsmitglieder – im vorliegenden Fall für den Zeitraum Herbst 2010 bis zum Frühjahr 2012.

Wir begrüßen sehr, dass es im entsprechenden Zeitraum gelungen ist, auf einer Reihe von Gebieten unsere Ziele zu realisieren oder unsere linken Positionen in den Vordergrund der Regierungstätigkeit zu rücken.

Das gilt für die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, die im Bundesrat mittels Zustimmung des Landes Brandenburg durchgesetzt wurde und damit die bisherige Verhinderung dessen durch CDU und FDP aushebelte.

Das gilt für die Priorität der Bildungspolitik einschließlich der Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, der deutlichen Verbesserung der Personallage in den Kitas und der Einführung des Schüler – BafÖG.

Das gilt für die Veränderung der Regierungsposition entgegen der vorherigen SPD – CDU – Koalition in der Frage von wirtschaftsstarken wettbewerbsfähigen kommunalen Unternehmen zwecks Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge.

Das gilt für die Aufhebung der von der CDU vertretenen Residenzpflicht für Asylbewerber und Ausländer mit Duldung und die Einführung von Freizügigkeit in den Ländern Brandenburg und Berlin.

Das gilt für die Durchsetzung des Vergabegesetzes, welches die Erteilung öffentlicher Aufträge an die Zahlung eines Mindestlohnes an die Beschäftigten bindet.

Das gilt für die personelle Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit zur schnelleren Bearbeitung der anschwellenden Klagen gegen ungerechtfertigte Hartz IV Bescheide.

Das gilt für Verbesserungen im Verbraucherschutz, Umweltschutz und Hochwasserschutz.

Die eingetretenen Verbesserungen wurden durch das gemeinsame Wirken von PolitikerInnen der Partei DIE LINKE und der SPD auf allen Ebenen unseres Landes erreicht. Wir sehen dabei auch die immer wieder zu überwindenden Schwierigkeiten, besonders im Finanzsektor. Wir würdigen deshalb ausdrücklich die Bestrebungen, fehlende Gelder des Bundes und schwankende Einnahmen im Sinne des Allgemeinwohles zu überbrücken.

Uns ist auch bewusst, dass unsere PolitikerInnen in der Koalition mit der SPD auch kaum vertretbare Entscheidungen mittragen müssen, die oft auch in der eigenen Parteilbasis auf Unverständnis stoßen. Hier besteht dann dringend Erklärungsbedarf.

Es gibt noch manches mehr und auch die erfolgreiche Wirksamkeit auf kommunalpolitischer Ebene darf nicht unterschätzt werden.

Darüber hinaus gibt es aber auch Aspekte, die bei der Mitgliedschaft und bei den Wählern Irritationen hervorrufen, wo Klärungsbedarf besteht oder wo ernsthafter kritischer Widerspruch anzumelden ist.

So ist die in beträchtlicher Größenordnung erfolgte Diätenerhöhung für Parlamentarier nicht vermittelbar, auch wenn sie durch einige steuerliche Veränderungen etwas relativiert wird. Während wir gegen Kinderarmut und zunehmende Altersarmut, gegen Hartz IV und Rentenkürzung durch Rente mit 67 kämpfen, gegen Lohndumping und Leiharbeit auftreten, erhöhen sich die Abgeordneten selbst ihre Bezüge in einer Weise, die für die Aufrechterhaltung ihres bestehenden Lebensstandards mit Sicherheit nicht lebensnotwendig ist. Das ist in linkssozialistische Politik nicht einzuordnen.

Während die Bundestagsfraktion der LINKEN geschlossen das zweite Rettungspaket für Griechenland und die ständige Ausweitung des Finanzrettungsschirms für die Banken ablehnt, vertritt und unterstützt der brandenburgische Wirtschaftsminister die diesbezügliche Politik von Merkel & Co. Auch wenn er sich im ND - Interview vom 07. 03. 2012 selbst widerspricht, bleibt sein Standpunkt gegensätzlich zur Position der Bundestagsfraktion. Hier besteht Klärungsbedarf.

Inakzeptabel ist die Position unserer Landtagsfraktion gegenüber der von den Oppositionsparteien initiierten Enquete – Kommission, die das Ziel verfolgt, Entwicklungen in der Vor- und Nachwendezeit zu entstellen und zu disqualifizieren. Auch wenn DIE LINKE sich darum bemüht, dem eigene Sichtweisen entgegenzusetzen, legitimiert sie durch ihre Teilnahme die Tätigkeit dieser Kommission. Es wäre eine gute Gelegenheit gewesen, durch Verweigerung ihre Selbständigkeit sowohl gegenüber den Oppositionsparteien als auch gegenüber ihrem Koalitionspartner zu demonstrieren, anstatt sich vereinnahmen zu lassen.

Noch ernster stellt sich die Frage nach dem Verhältnis unserer Partei gegenüber dem „Zeitgeist“, wenn man Korridore und Treppenhaus des Potsdamer Landtagsgebäudes durchläuft. Eine Menge von Bildtafeln sind der Delegitimierung und Kriminalisierung der DDR verpflichtet. Den Gipfel bildet eine Sonderausstellung mit dem Titel: „Children affected by war“. Schon der Umstand, dass eine Ausstellung im rot – rot dominierten Landtag mit einem englischen Titel überschrieben wird, der unterschiedlich interpretierbar ist, ist kein sprachliches Problem, sondern ein Politikum. Aber wenn „Kinder vom Krieg berührt“ mit hunderten Fotos von Kindern und Jugend in der DDR dargestellt werden, soll das suggerieren, dass Kindheit und Jugend in der DDR kriegsähnlich verlaufen seien. Selbst das keineswegs revolutionäre oder linksradikale ND (19. Oktober 2011) wendet sich scharf gegen diese Ausstellung. Wie kann unsere Landtagsfraktion das dulden? Helmut Markov hat auf dem Landesparteitag gesagt: „Wir regieren nicht mit – wir regieren“! Sieht das etwa so aus?

Der 50. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der DDR rief verständlicherweise vielerlei Reaktionen hervor. Wir vertreten die Position von Gesine Löttsch, dass dieses Ereignis nur aus der Geschichte erklärbar ist und eine Folge des zweiten Weltkrieges darstellt. Und wir fügen hinzu, dass die Sicherung der DDR – Wirtschaft und die Verhinderung der durchaus vorhandenen Kriegsgefahr eine ganz wesentliche Rolle spielten. Von dieser Einschätzung heben sich Äußerungen des damaligen Landesvorsitzenden und unserer Fraktionsvorsitzenden in einer Weise ab, die für uns nicht akzeptabel ist.

Große Unzufriedenheit gibt es im Hinblick auf die Forderung erneuter Kostenübernahme für Altwasseranschlüsse, die bereits einmal bezahlt waren. Die jetzt dafür geschaffenen gesetzlichen Regelungen ignorieren die vorherige Rechtslage in der DDR, sind insofern Bestandteil der ständigen Delegitimierung der DDR, verbunden mit völlig ungerechtfertigten finanziellen Belastungen der Inhaber von Altwasseranschlüsse. Aus der Landtagsfraktion gibt es dazu für die Genossinnen und Genossen vor Ort keinerlei Hilfe. Fragen aus den Basisorganisationen werden nicht oder nur ausweichend beantwortet. Mitunter wird Betroffenen geraten, sich doch an die BürgermeisterInnen vor Ort zu wenden. Dies sind dann die letzten Glieder in der Behördenkette, die per Kommunalaufsicht gezwungen werden, die neuen Regelungen umzusetzen. Die betroffenen BürgerInnen erwarten mehr Aktivitäten unserer Partei im Kampf gegen diese Regelungen.

Schon in der vorherigen Stellungnahme wiesen wir auf die Notwendigkeit einheitlicher Schulbücher für die jeweiligen Klassenstufen in den brandenburgischen Schulen hin. Da in dieser Richtung keine Aktivitäten zu bemerken sind, regen wir an, im Rahmen der geplanten bundesweiten Vereinheitlichung des Abiturs bis zum Schuljahr 2016 / 2017 diese Möglichkeit zu nutzen, zumindest in den weiterführenden Schulen bis dahin einheitliche Schulbücher einzuführen.

Es ist für uns weiterhin unerträglich, das die Bundeswehr in einem rot – rot regierten Bundesland in schulischen und anderen Ausbildungsinstitutionen Werbung für Militarismus und Teilnahme an kriegerischen Abenteuern durchführen kann. Dies zuzulassen und sich demgegenüber neutral zu verhalten, widerspricht der konsequent friedenspolitischen Konzeption unserer Partei.

Im Hinblick auf die in Gang befindliche Einrichtung eines Abschiebegefängnisses für Asylbewerber auf dem Großflughafen „Willy Brandt“ wäre eine klare Position unserer Partei gegen diese menschenunwürdige Form des Umgangs mit Ausländern erforderlich.

Bei den antifaschistischen Aktionen gegen Naziaufmärsche z. B. am 15. 02. 2011 in Cottbus, am 25. 09. 2011 in Neuruppin, am 15. 02. 2011 in Cottbus und am 13.02.2011 in Dresden leistete unsere Landesregierung Amtshilfe. Dabei wurden polizeiliche Übergriffe (25. 09. 2011 in Neuruppin) toleriert. Am 15. 02. 2012 standen in Cottbus sogar Räumpanzer zum Einsatz bereit, und zwar mit brandenburger Kennzeichen und Polizeiologo. Während wir positiv vermerken, dass keine brandenburger Polizeikräfte in Afghanistan eingesetzt sind, nehmen wir hin, dass im Inland unsere Polizeikräfte Naziaufmärsche schützen und gegen den antifaschistischen Widerstand eingesetzt werden. Dies halten wir für keinesfalls tolerabel.

Die Proteste gegen die CCS – Technologie reißen nicht ab. Ebenso die Aktionen vieler Regionen gegen die Abaggerung weiterer Orte für die Braunkohletagebaue des Energiekonzerns VATTENFALL. Trotz der eindeutigen Meinungen von Umweltschützern, Klimaanalytikern, Energiepolitikern und aus dem Bereich der GRÜNEN wird eine hinhaltende Politik betrieben, die zumindest VATTENFALL am längeren Hebel lässt. Auch auf dem Landesparteitag gab es diesbezüglich gegensätzliche Resolutionen. Hier sollte Klarheit geschaffen werden.

Wir begrüßen aber die Initiative des Landtages, im Bundesrat gegen die Kürzung der Solarstromförderung aufzutreten.

Außer diesen landespolitisch orientierten Komplexen verdienen aber auch Themen der Gesamtpartei unsere Aufmerksamkeit. So natürlich es ist, dass sich Landesvorstand und Fraktion unseres Landesverbandes um die Belange des Landes sorgen, so notwendig ist es auch, bei der Vertretung von Gesamtbelangen der Partei die Stimme Brandenburgs zu vernehmen. Aber weder in der Programmdebatte noch in den nach der Programmverabschiedung wiederaufflammenden Auseinandersetzungen z. B. über eine Urwahl der Parteispitze ist aus der Führungsebene unseres Landes eine klare Positionierung erkennbar. Das wird jedoch von der Mitgliedschaft und von der politisch interessierten Öffentlichkeit unseres Landes erwartet. Die ungewöhnlich niedrige Teilnahme von brandenburger Genossen an der Mitgliederbefragung zum Parteiprogramm hängt ganz sicher auch damit zusammen. Mit Recht betonte Kerstin Kaiser in der Leitbilddebatte unsere Verantwortung „nicht nur für uns in Brandenburg, für die Glaubwürdigkeit der LINKEN in Brandenburg, sondern wir sind auch ein ganzes Stück weit in Verantwortung für die linke Partei und für die linken Bewegungen“. Genau diese Verantwortung gilt es voll umfänglich und für die Öffentlichkeit sichtbar wahrzunehmen.

Die politische Landschaft in Brandenburg ist besonders seit der Regierungsbeteiligung u.a. durch folgende Erscheinungen geprägt:

1. Eine in diesem Umfang und in dieser Schärfe bisher nicht praktizierte aggressive und verleumderische Hetzkampagne der Opposition, besonders der CDU-Führungsriege gegen die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE sowie gegen die Partei als Ganze. Und das alles in Verbindung mit der Beobachtung durch den BND. Diese Kampagne erinnert an den so genannten Radikalenerlass, an die Gesetzgebung zu den Berufsverboten in der alten BRD. Auch die Ausgrenzung und Diskriminierung tausender „staatsnaher“ Bürger der DDR und Angehöriger der Intelligenz ist nicht vergessen.
2. Ein in der Parteibasis und in der Öffentlichkeit (auch beim Wählerpotential)

nicht deutlich erkennbares offensives Wirken bzw. auch kontroverses Auftreten einzelner Mitglieder der Fraktion und der Regierung. Die Freude und Euphorie nach den Wahlen 2009 hat sich gelegt. Unzufriedenheit macht sich bemerkbar.

Die Umfragewerte verdeutlichen die Tendenz einer sich für DIE LINKE ständig verringernden Wählergunst. Sie sank vom Zeitpunkt der Koalitionsvereinbarung um 5% auf gegenwärtig 22%.

Die Parteibasis, die Wähler und wir als LKR erwarten, dass die Fraktion und die Mitglieder der Regierung aus dem Schatten der SPD heraustreten, ihr eigenes Profil parlamentarisch und außerparlamentarisch stärker, offensiv erkennbar machen.

Der Koalitionsvertrag kann doch nicht dazu führen, dass sich der Landesvorstand und die Fraktion zu berechtigten Forderungen, Sorgen und Problemen der Bürger passiv verhalten. Die Genossen vor Ort können das nicht. Sie müssen zu den Wahlversprechungen z. B. die Wasser- und Abwasserproblematik betreffend Antwort geben.

Beispiele für passives Verhalten gibt es genügend, und auch die Flughafenproblematik gehört dazu. Es geht aber nicht nur um Beispiele - vordergründig auch nicht nur um eine bessere Kommunikation – über das Wirken der Fraktion und was sie erreicht hat. Oder, wie Genossin Kaiser in der Mitgliederzeitschrift „DISPUT“ (Februarheft 2012, S.19) in ihrer Erfolgsbilanz schreibt, „sorgt doch einfach mit dafür, dass sie sich herumsprechen“ - die Erfolge.

Das wäre doch aber vor allem seitens der Führungsgremien notwendig. Die Regionalkonferenzen reichen dafür nicht aus. Diese können den Dialog mit den Basisgenossen und Bürgern nicht ersetzen.

Aus der Arbeit der Angehörigen der KPF in den Basisorganisationen und Gemeinden, dem Hauptfeld unserer Tätigkeit, ist zu erkennen, dass große Teile der Mitgliedschaft die Politik der Partei nicht mehr überschauen bzw. nachvollziehen können.

Sie und wir erwarten:

- In der praktischen Politik eine stärkere Einbeziehung der Basis - nicht nur als Wahlhelfer und Wahlvolk. Dabei kommt nach unserer Meinung auch den Kreisvorständen eine größere Verantwortung zu.
- Der demokratische und innerparteiliche Grundsatz, bei wichtigen Entscheidungen vorher mit den Mitgliedern zu beraten, ist unbedingt zu verstärken.
- Die Sorge bei den Genossen: der Vertrauensverlust bei den Wählern ist nicht zu übersehen. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sollten Warnsignale sein.
- Die Kritiker stellen die Regierungsbeteiligung nicht in Frage, aber Die LINKE

muß in der 2. Hälfte der Legislaturperiode sichtbare Akzente, Impulse setzen, Aktivitäten im Interesse der Bürger mehr als in den vergangenen Jahren öffentlicher machen.

- Es muß deutlich werden, was uns von den anderen bürgerlichen Parteien, die bisher in Regierungsverantwortung waren und auch vom Koalitionspartner unterscheidet..

Es gibt durchaus noch manche Frage, die eine Antwort erfordert. So z. B., dass der durchaus erforderliche straffe Konsolidierungskurs des Finanzministers dazu führt, dass Brandenburg nicht mehr alle von der EU angebotenen Investmittel gegenfinanziert. Wie sollen die Bürger das verstehen? Oder wenn bei der vorhandenen Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen von der Arbeitsagentur gekürzt werden und die LINKE das nur kritisch sieht (ND, 8. März 2012, S. 14), statt öffentlich zu machen, was sie konkret dagegen tut.

Es kommt jetzt darauf an, mit der Kraft unseres starken Landesverbandes an der Vorbereitung und Durchführung des Bundesparteitages Anfang Juni in Göttingen teilzunehmen. Unser politisches Profil muss geschärft werden, um – wie Thomas Nord sagte - „auf Augenhöhe mit der SPD hier im Lande Politik zu machen“. Bis zu den nächsten Landtagswahlen müssen Glaubwürdigkeit und Vertrauen der Brandenburger in unsere Politik so gestärkt werden, dass unsere Regierungsarbeit auch nach diesen Wahlen fortgesetzt werden kann. Wir begrüßen, dass unsere Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Wittenberge aus eben dieser Problemsicht ihre Schwerpunkte für die zweite Hälfte der Legislaturperiode festgelegt hat. Die Kommunistische Plattform in der brandenburger LINKEN wird mit allen Kräften daran arbeiten, unsere Ziele zu erreichen.